

Kulturausschuß vom 3. 9. 2026 – eine geschichtspolitische Debatte (II)

(Von E. Noldus.)

In der letzten Sitzung des Kulturausschusses trat der Vertreter der LINKEN anlässlich der Vorstellung eines Films über Oberhausen in den 1920er Jahren eine geschichtspolitische Debatte los.

Oberhausen – der Film

Stadtarchivar Dr. Dellwig stellte dem Ausschuß den Film „Aufbruch, Aufstieg, Neuordnung – Oberhausen und das Ruhrgebiet im Wandel“ vor. Wir versuchen eine Zusammenfassung. Der 64-minütige Dokumentarfilm ist von 2024 bis 2026 im Rahmen eines LVR-Förderprojektes in Zusammenarbeit des Stadtarchivs mit dem ZMW, dem Zentrum für Medien und Bildung des LVR in Düsseldorf, entstanden. Parallel dazu erfolgte die archivalische Erschließung des Aktenbestandes von 1862 bis 1929 im Zusammenhang mit den kommunalen Neuordnungen jener Zeit.

Der Film sei deshalb als Medium ausgewählt worden, weil man damit eine große Zielgruppe erreichen könne und zugleich ein Einsatz im Schulunterricht möglich ist. Um die Wirksamkeit in der Öffentlichkeit zu steigern, habe man verschiedene filmische Mittel eingesetzt; nämlich historisches und aktuelles Filmmaterial, historische Fotos, Karten und Zeitungen. Dazu historische Texte, vorgelesen von Schauspielern.

Auf die Frage nach dem „warum“ des Films erklärte der Stadtarchivar, es gebe durchaus viele Filme, bildgewaltige sogar, über das Ruhrgebiet. Gerade im Hinblick auf die Industrialisierung und die Montanindustrie. Die Geschichte der Städtelandschaft Ruhr stelle – vielleicht – einen blinden Fleck unter den Dokumentarfilmen dar. Dabei weise das Ruhrgebiet als Städtelandschaft einige bemerkenswerte Besonderheiten auf, deren Kenntnis für das Verstehen des Ruhrgebietes unerlässlich seien.

Es handele sich um den größten industriellen Ballungsregion Europas mit 53 Städten und Gemeinden in einzigartiger Vielfalt. Als Region ohne Zentrum, als polyzentrale Region, böten sich viele Chancen, bestünden aber auch viele Herausforderungen. Der Film erzähle die Geschichte der Städtelandschaft Ruhr und erfülle damit die Aufgabe, in der Gegenwart eine Orientierung für die Zukunft des Ruhrgebietes zu bieten.

Am Beispiel Oberhausens entwickle der Film die wichtigsten Faktoren der kommunalen Neuordnung von 1929. Um der Vielfalt des Ruhrgebietes gerecht zu werden, beziehe der Film die Städte Duisburg, Dortmund und Gelsenkirchen ein.

Warum Oberhausen im Mittelpunkt des Geschehens von 1929 stehe, habe seine Gründe. Da war der Kontrast zwischen den Möglichkeiten; nämlich dem Verschwinden des alten Oberhausen und der Vereinigung zur GHH-Stadt aus Oberhausen, Sterkrade und Osterfeld. Gegensätzliche Interessen, hitzige öffentliche Debatten, ein lange ungewiß bleibender Ausgang waren die Merkmale.

Danach sprach der Stadtarchivar über die zeitgenössischen stadtplanerischen Konzepte, die mit unterschiedlichen Überlegungen – GHH-Stadt oder Vereinigung von Oberhausen und Mülheim – ein-

her gingen. Demgegenüber hatten sich die Kleinstädte aus der Zeit vor der Industrialisierung als Kreisstädte zu Mittelpunkten ihres Umlandes entwickelt; um ihre Existenz brauchten diese 1929 nicht zu fürchten. Die „von der Industrialisierung überformten und überforderten Dörfer“ hingegen verschwanden.

Daß Oberhausen als junge und kleine Industriestadt „überlebte“, lag vielleicht daran, daß es den Hauptsitz der GHH beherbergte und der GHH-Vorstand Paul Reusch über gute Kontakte zur preußischen Staatsregierung in Berlin verfügte. Aber es lag auch an der Tatsache, daß Oberhausen seit 1890 über eine gut ausgebaute städtische Infrastruktur verfügte, die einem planerischen Konzept, welches die urbane Lebensqualität in den Mittelpunkt ihrer Überlegungen rückte, entgegenkam. Dazu kam begünstigend hinzu, daß die Stadt doppelt so groß wie Sterkrade war.

Abschließend bezeichnete Dr. Dellwig das Jahr 1929 als das Jahr der Entscheidung für – zeitgenössisch so genannt – Groß-Oberhausen, zugleich das Jahr des Endes des Industriezeitalters und des Beginns der Gestaltung der Dienstleistungsgesellschaft bis heute. Ohne die Akteure von 1929 wäre nicht die Stadt und auch nicht die Neue Mitte Oberhausen entstanden; das als kleiner Fingerzeig für den Gegenwartsbezug des Films.

Die Rückmeldungen

Zunächst gab es die üblichen Rückmeldungen.

Frau Wilts (SPD) gefiel der Vorspann mit seinen „geschichtlichen Einordnungen“. Frau Opitz (GRÜNE) fragte nach der Diversität in der damaligen Zeit, im Vorspann sei keine Frau zu sehen gewesen. Der Stadtarchivar bejahte, daß auch Frauen im Film auftauchen.

Auf Nachfrage von Herrn Hoff (FDP) nannte der Stadtarchivar den 8. November um 11 Uhr im „Lichtburg Filmpalast“ als Zeit und Ort der Premiere. Zudem werde man nicht zuletzt wegen der Kooperationspartner (die Stadtarchive Duisburg, Gelsenkirchen und Dortmund, die Funke-Medien-Gruppe) den Film auch in den Nachbarstädten anbieten bzw. zeigen.

Auf Herrn Imlau (LINKE) machte der Vorspann „einen etwas altmodischen Eindruck“, woraufhin Frau Wolter (CDU) erklärte, sie sei etwas altmodisch und daher gefalle ihr der Vorspann. Sie empfahl, den Film auch den Ratsmitgliedern zu zeigen.

Stadtarchivar Dr. Dellwig nahm die Gelegenheit wahr, um das Jahresprogramm 2026 „Oberhauser Stadtgeschichte(n) entdecken“ zu bewerben. Insgesamt hätten sieben Institutionen zu diesem Programm beigetragen (u.a. Kulturdezernat, VHS, Geschichtswerkstatt, Gedenkhalle, Stadtarchiv).

Er wies besonders auf die erste Veranstaltung am 17. September im Rahmen der „Demokratie-Woche“ hin: „Mythos Langemark – von der nationalistischen Vereinnahmung zur Völkerverständigung“. Im Foyer des Bert-Brecht-Hauses gebe es dazu eine kleine Ausstellung. Das Projekt sei in Kooperation mit der Belgischen Gemeinde Langemark-Poelkapelle und mit der Universität Kent entstanden. Eine Wanderausstellung thematisiere besonders die Straßenbenennungen nach „Langemarck“ und die Veränderung von Erinnerungskultur im 20. Jahrhundert – vom nationalen Mythos zur europäischen Freundschaft und Integration.

Herr Noldus (AfD) sprach den Stadtarchivar direkt an, so gewissermaßen diesen als Fachhistoriker

adressierend: Er bitte den Archivar, einmal zu überlegen, künftig den Zweiten Weltkrieg einzubeziehen. Der Zweite Weltkrieg habe in vielerlei Hinsicht eine Zäsur dargestellt: Durch den Luftkrieg, die Zerstörungen des Bombenkrieges, durch den Bevölkerungsaustausch, die Verluste und dann auch in der unmittelbaren Nachkriegszeit durch die Integration der Flüchtlinge und Vertriebenen, was sich zum Beispiel an der Änderung der Bevölkerungsstruktur in konfessioneller Hinsicht ablesen lasse. Das wäre seine Anregung, diesen Teil der Geschichte vielleicht mal zu beleuchten, weil er doch bis heute sichtbare Nachwirkungen im Stadtbild zeitigte.

Häßliche Unterstellungen

Herr Imlau (LINKE) erklärte, er wünsche eine Intervention des Vorsitzenden beim Begriff ‚Bevölkerungsaustausch‘. Der Vorsitzende Scherer schaute etwas hilflos in Richtung des Stadtarchivars.

Dieser wollte keine Bewertung abgeben, sondern gab in der Sache Herrn Noldus recht: Der Weltkrieg sei natürlich ein einschneidendes Ereignis gewesen, wenn man nur zahlenmäßig die 190.000 Einwohner 1929 mit den etwa 100.000 Einwohnern 1945 vergleiche. Aber diese Veränderungen seien auch in längerfristige Prozesse der Nachkriegszeit eingebunden gewesen.

Als Stadtarchiv habe man im Rahmen eines Projektes zur Migrationsgeschichte unterschiedliche Migrationsbewegungen der Stadtgeschichte untersucht. In dem Zusammenhang sei man nicht „blind“ mit jener Epoche umgegangen. Die gesamte Oberhausener Stadtgeschichte sei sehr stark von ganz unterschiedlichen Migrationsbewegungen geprägt und ohne diese starken Veränderungen nicht zu verstehen.

Der Vorsitzende erklärte, der Begriff „Bevölkerungsaustausch“ habe ihn nicht so sehr angesprochen, aber er nehme das zur Kenntnis und danke dem Stadtarchivar für die Einordnung.

Der Kulturdezernent Tsalastras nutzte die Gelegenheit zu häßlichen Unterstellungen:

Das Bunkermuseum beschäftige sich seit vielen Jahren mit dem Zweiten Weltkrieg, mit den kriegsrischen Auseinandersetzungen und mit der Zerstörung, die es in Oberhausen gegeben habe. Wenn dieses Thema „Zweiter Weltkrieg“ nicht in dem Jahresprogramm auftauche, dann sei das eher ein Zufall; und zwar angesichts der vielen Veranstaltungen und Ausstellungen im Bunkermuseum. Man könne also nicht von einem Defizit sprechen und man verheimliche (!) auch nicht „diesen Teil“ der Stadtgeschichte.

Abschließend stellte der Kulturdezernent eine ganzheitliche Betrachtungsweise für die gesamte Stadtgeschichte fest; diese müsse man einordnen in die gesellschaftlichen und politischen Hintergründe. Dazu gehöre auch der Zweite Weltkrieg, aber auch die Tatsache, wie der Krieg zustande gekommen sei mit seinen Auswirkungen nicht nur auf Oberhausen, sondern für ganz Europa und die halbe Menschheit.

Eine Entgegnung

Herr Noldus (AfD) korrigierte, indem er darauf hinwies: Er habe lediglich die Anregung an den Fachhistoriker und Archivar gegeben, aus seiner fachlichen Perspektive heraus einmal zu überlegen, ob dieser Teil der Oberhausener Geschichte nicht auch in so ein Programm gehöre.

Er habe aus dem Beitrag des Kulturdezernenten herausgehört, als hätte er – Herr Noldus – dem Dezernenten vorgeworfen, es würden irgendwelche Aspekte der Stadtgeschichte verschwiegen werden. Das habe er ausdrücklich nicht, sondern er habe nur auf die Wichtigkeit des Zweiten Weltkrieges für die Oberhausener Stadtgeschichte hingewiesen.

In dem Zusammenhang habe der Vertreter der Linken sein historisches Analphabetentum offen dargelegt. ‚Bevölkerungsaustausch‘ beziehe sich einfach auf die Tatsachen, die der Stadtarchivar ebenfalls angeführt habe; namentlich die Bevölkerungsbewegungen infolge des Krieges und die Veränderung der konfessionellen Zusammensetzung zum Beispiel als statistisch nachweisbarer Effekt in der Nachkriegszeit. Diese Bedeutung von „Bevölkerungsaustausch“ sei wegen des eindeutigen Bezuges auf Krieg und Nachkriegszeit eigentlich nicht mißzuverstehen, es sei denn, man sei ideologisch etwas borniert ist.

Abschließende Wortmeldungen

Der Vorsitzende merkte an, er wolle gerne „harte Diskussionen“, also den Vorwurf des historischen Analphabetentums, in dem Kulturausschuß eigentlich vermeiden. Er bitte allgemein um Mäßigung.

Der Beitrag von Frau Wilts (SPD) war ausgesprochen amüsant. Sie glaube, alle nutzten Wikipedia und man könne sich wohl allgemein darauf verständigen, daß Wikipedia sehr gut dokumentiert (!) sei und im Alltag brauchbar, wenn man etwas nachschlagen wolle. Dann zitierte sie einen Wikipedia-Artikel zum „Bevölkerungsaustausch“, wonach es sich um einen politischen Kampfbegriff der Neuen Rechten handelte. Sie könne den Hinweis von Herrn Imlau (LINKE) verstehen.

Kulturdezernent Tsalastras betonte, er sei jetzt nicht verdächtig, die LINKE in Schutz zu nehmen, zumal man in anderen Ausschüssen und in anderen Zusammenhängen kontrovers miteinander umgegangen sei. Er müsse allerdings Frau Wilts insofern recht geben, als man Begriffe sorgfältig wählen müsse. Und wenn man den Begriff ‚Bevölkerungsaustausch‘ im Zusammenhang mit dem Zweiten Weltkrieg – viele Menschen seien gestorben und viele seien „neu hinzugekommen“ – benutze, sei das insofern verwunderlich, als der Begriff „Bevölkerungsaustausch“ gleichzeitig im Zusammenhang mit der Migrationsgeschichte nach dem Zweiten Weltkrieg Verwendung finde.

Die AfD bezeichne ja mit diesem Begriff den bewußten Austausch einer ehemals deutschen Bevölkerung durch Menschen aus anderen Ländern. Die unterschiedslose Verwendung der gleichen Begrifflichkeit halte er nicht nur für fahrlässig, sondern für extrem gefährlich. Und deswegen bitte er darum, auf die genaue Wortwahl in der einen oder anderen Beziehung zu achten. Er könne die Reaktion auf den Begriff von daher nachvollziehen.

Herr Hoff (FDP) wollte niemandem etwas vorwerfen; dem Herrn Imlau (LINKE) jedenfalls nichts. Der Begriff „Bevölkerungsaustausch“ sei nun mal politisch belastet, aber die Erläuterungen hätten gezeigt, daß Herr Noldus (AfD) den Begriff anders aufgefaßt haben wollte. Insofern sollte man „in dubio pro reo“ werten.

Abschließend bekannte Herr Hoff (FDP), daß er den Begriff in der Form auch nicht gekannt habe. Er habe „jetzt nachgeschlagen“ und gesehen, dieser Begriff sei belastet und werde dem Argument, was Herr Noldus (AfD) habe vortragen wollen, nicht gerecht.